

Interpellation Fraktion SP (Fuat Köçer): Synergien nutzen: Deutschunterricht vom Stadtpersonal - fürs Stadtpersonal

Die Aneignung von Deutsch als Zweitsprache (DaZ) ist ein wichtiger Bestandteil für die Teilnahme von Migrantinnen und Migranten im Alltag sowie Berufsleben und bedeutet somit eine sprachliche Integration. Deutschkenntnisse erleichtern Kennenlernen und Zusammenleben, aber vereinfachen auch die berufliche Integration. Selbstverständlich ist Integration mehr als Sprache. Die alleinige Fokussierung auf den Spracherwerb wird der Integration nicht gerecht und kann diese sogar erschweren. Grössere Institutionen haben jedoch die Möglichkeiten, den Prozess des Spracherwerbs auf innovative Art und Weise als Synergie zu nutzen und damit das Zusammenleben sogar direkt zu fördern.

An der Pädagogischen Hochschule Bern geben zurzeit Studierende der Stufe Sek den Mensa-Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund im Rahmen eines Forschungspraktikums Deutschkurse.¹ Der Nutzen dieser Kurse ergibt sich sowohl für die MensamitarbeiterInnen, die von diesem Kursangebot profitieren können, als auch für die Studierenden, welche bei diesem Forschungsprojekt mitwirken.

In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, zu prüfen, inwiefern solche Synergien auch beim Stadtpersonal genutzt und gefördert werden können.

Der Gemeinderat wird diesbezüglich gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, den Sprachpool des städtischen Personals im Rahmen eines Austausches zwischen den Stadtangestellten synergetisch zu nutzen?
2. Können beispielsweise Tandemgruppen gebildet werden, damit auch das vorhandene Potenzial ausgehend von den Sprachkenntnissen des Stadtpersonals, die eine andere Erstsprache als Deutsch haben, genutzt werden kann?

Bern, 15. September 2016

Erstunterzeichnende: Fuat Köçer

Mitunterzeichnende: Halua Pinto de Magalhães, Mess Barry, Barbara Nyffeler, Michael Sutter, Daniel Egloff, Katharina Altas, Johannes Wartenweiler, Lena Sorg, Martin Krebs, Peter Marbet, Nora Krummen, Yasemin Cevik, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Christa Ammann, Luzius Theiler, Janine Wicki, Marco Robertini, Patrik Wyss, Michael Burkard, Bettina Jans-Troxler, Marcel Wüthrich, Lukas Gutzwiller

Antwort des Gemeinderats

Basierend auf dem Leitbild zur Integrationspolitik von 2010 wurde der Massnahmenplan „Integration konkret 2014 - 2017“ verabschiedet. Dieser integriert sowohl den Aktionsplan gegen Rassismus als auch das Informationskonzept zur Umsetzung des Informationsauftrags gemäss Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer. Der Massnahmenplan umschreibt unter Berücksichtigung der politischen und finanziellen Möglichkeiten der Stadt in sieben Handlungsfeldern wie die Verwaltung die Integrationspolitik in den vier Jahren umsetzt.

¹ <https://www.phbern.ch/studiengaenge/s1.html>

Verschiedene interne Massnahmen des Massnahmenplans zeichnen darauf ab, die Integration und den transkulturellen Austausch der städtischen Angestellten zu verbessern. Diese gehen vom übergeordneten Handlungsfeld „Integration als Querschnitt- und Führungsaufgabe“ bis zu konkreten Prozessanpassungen.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat teilt die Aussage, dass Integration mehr als die Sprache ist, Deutschkenntnisse jedoch für die berufliche Integration und das Zusammenleben sehr wichtig sind. Eine konkrete Massnahme besteht darin, dass Mitarbeitende der Stadtverwaltung darin unterstützt werden, ihre Deutschkenntnisse zu verbessern. Hierzu wird in den Abteilungen regelmässig eine Bedarfsabklärung durchgeführt. Die diesjährige Abklärung zeigte, dass in vielen Abteilungen, die einen hohen Anteil Mitarbeitende mit Migrationshintergrund aufweisen, die Deutschkenntnisse dieser Mitarbeitenden ein zufriedenstellendes Niveau erreichen und aktuell kein zusätzlicher Handlungsbedarf besteht. Zu erwähnen ist, dass in den allermeisten Funktionen und Tätigkeiten, die auch von Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund ausgeführt werden, grundlegende Deutschkenntnisse notwendig sind, da diese sicherheitsrelevant sind. In allen Abteilungen ist die Kommunikationssprache Deutsch und durch den Austausch mit Vorgesetzten sowie Arbeitskolleginnen und -kollegen wird die deutsche Sprache stetig eingesetzt und verbessert.

Besteht Bedarf namentlich in Abteilungen mit einem hohen Anteil an fremdsprachigen Mitarbeitenden, werden Deutschkurse am Arbeitsplatz durchgeführt. Die Kosten werden von der Stadtverwaltung übernommen. In früheren Jahren wurde der Deutschunterricht zentral durchgeführt. Bald zeigte sich, dass diese Form des Unterrichtes die Bedürfnisse der Mitarbeitenden sowie der Arbeitgeberin nicht genug abdeckten. Deshalb finden die Deutschkurse nun dezentral direkt am Arbeitsplatz statt und orientieren sich stark am konkreten Arbeitsalltag. Solche Kurse wurden resp. werden regelmässig beispielsweise für Mitarbeitende der Strassenreinigung der Abteilung Betrieb und Unterhalt oder für die Reinigungskräfte der Abteilung Immobilien Stadt Bern angeboten. Neben dem Arbeitskontext sind auch Alltagssituationen Thema, wie beispielsweise der Gang zur Post. Diese Deutschkurse werden seit mehreren Jahren erfolgreich angeboten. Sie werden sowohl von neuen Mitarbeitenden wie häufig und auch gerne von langjährigen Mitarbeitenden als „Refresher“ besucht.

Als weitere Massnahme werden die Linienvorgesetzten regelmässig über die Möglichkeiten zur Förderung von Deutschkursbesuchen informiert. Handelt es sich um einzelne Mitarbeitende eines Teams oder einer Abteilung, bei denen Bedarf in der Verbesserung der deutschen Sprache besteht, werden individuelle und für die Situation passende Lösungen gesucht. Bewährt haben sich beispielsweise Deutsch- und Integrationskurse der Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen. Die Stadtverwaltung zeigt sich bezogen auf eine Kostenbeteiligung (Kursgeld oder Arbeitszeit) bei solchen Kursen grosszügig.

Das regelmässige Controlling der einzelnen Massnahmen aus dem Massnahmenplan „Integration konkret 2014 - 2017“ zeigt, dass die Massnahmen passend zu den Bedürfnissen der Stadtverwaltung erarbeitet wurden und nun erfolgreich umgesetzt und gelebt werden. Deshalb sieht der Gemeinderat neben der aktuellen breiten Palette keinen Bedarf für zusätzliche Massnahmen.

Zu Frage 2:

Auf Initiative der Stadt Bern wurde zusammen mit der Stadt Neuchâtel ein Konzept für ein Sprachtandem für die Mitarbeitenden dieser beiden Städte erstellt. Dieses beruht auf demselben Prinzip wie das Tandem des Forums für die Zweisprachigkeit in Biel.

Die Gemeinderäte der Städte Bern und Neuchâtel haben dieses Vorhaben bewilligt und unterstützen das Projekt. Nach Auswertung der Ergebnisse aus der Testphase kann auch die Ausweitung des Modells auf weitere Sprachen geprüft werden.

Bern, 30. November 2016

Der Gemeinderat